

Einfluss arabischer Philosophen auf die Kultur Westeuropas bis hin zu Huntingtons Streitschrift „Kampf der Kulturen“ – das Buch bietet eine breite Basis, um dieser nicht immer einfachen Beziehung näher zu kommen. Die Botschaft allerdings fällt eindeutig aus: Der Universalitätsanspruch des Westens, die Schaffung eines „Wir“ gegen die „Anderen“, und die nach wie vor stark vertretenen nationalistischen Gruppierungen in westeuropäischen und angloamerikanischen Gesellschaften führen zu einem Zerrbild des Islam und zu einem Feind, der keiner sein müsste.

So hat nicht zuletzt der Arabische Frühling verdeutlicht, dass auch die Menschen in dieser Region für bürgerliche Rechte auf die Straße gehen. Ruf stellt eindringlich dar, dass das künstlich geschaffene Feindbild des Islam gefährlich ist und in einer Sackgasse enden muss. Gleichzeitig plädiert er für eine differenzierte Debatte, die – unabhängig von religiösen oder kulturellen Wurzeln – schließlich zu mehr Kooperation und weniger Konfrontation führen soll. Fraglich bleibt allerdings, welche Rolle die NATO übernimmt.

Markus Markmann, Philipps-Universität Marburg

Pomana, Andrea: Förderung Erneuerbarer Energien in Deutschland und im Vereinigten Königreich im Lichte des Europäischen Wirtschaftsrechts. Nomos Verlag, Baden-Baden 2011, 489 S.

Europaweit konkurrieren zwei Ansätze der finanziellen Förderung nachhaltiger Erzeugung von Elektrizität. Einerseits bildeten sich Systeme der Preissteuerung,

die auf Abnahmeverpflichtungen inklusive staatlich garantierter Einspeisevergütungen beruhen. Andererseits etablierte sich die Mengensteuerung, in denen Netzbetreiber einen vorgegebenen Umfang an erneuerbaren Energien in ihre Netze einspeisen. Dabei bestimmen sie selbst Herkunft und Preis des Stroms anhand betriebswirtschaftlicher und externer, durch Börsenstrukturen bestimmter Erwägungen. Der Streit um die Vor- und Nachteile beider Steuerungssysteme ist ein zentraler Gegenstand nationaler Energiepolitiken im Rahmen des europäischen Marktes.

Pomana analysiert in ihrer Doktorarbeit die Kompatibilität der beiden Ansätze mit dem EU-Wirtschaftsrecht, vor allem der Warenverkehrsfreiheit und dem Beihilferecht. Dabei erfasst die bei Allen & Overy als Anwältin tätige Autorin den Rechtsstand des Vertrages von Lissabon sowie die Rechtsänderungen in Deutschland und England bis einschließlich 2010. Basierend auf einer knappen historischen Einführung in die Energie- und Umweltpolitik auf europäischer Ebene vergleicht Pomana das „Erneuerbare Energien Gesetz“ (Preisvergütungssystem) mit den „Renewables Obligation Orders“ (Mengensteuerung). Bemerkenswert ist ihre ausführliche Begründung, warum das EEG keine staatliche Beihilfe im Sinne Art. 107 Abs. 1 AEUV ist, im Gegensatz zu den ROO. Gleichzeitig belegt sie, dass beide Ansätze mit der EU-Gesetzgebung kompatibel sind, „das EEG aus ökonomischer und ökologischer Sicht [aber] das effiziente[re] Fördersystem darstellt“ (S. 449).

Die ausführliche Quellenlage – einschließlich der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes seit 1956 – macht die Darstellung zu einer profunden juristischen Analyse. Ökonomisch-politische Auseinandersetzungen und Entwicklungen im Energiemarkt finden jedoch wenig Berücksichtigung. Als juristische Ergänzung für energie-wirtschaftliche Argumentationen in der Ökonomie und Politikwissenschaft ist das Buch empfehlenswert.

Kai Kleinwächter, *WeltTrends*

Hauenstein, Philipp / Hegi, Lukas (Hrsg.): Private Militär- und Sicherheitsfirmen und die Entstaatlichung der Gewalt im 21. Jahrhundert. Books on Demand, Norderstedt 2011, 136 S.

Der Band zeigt politische Implikationen und Konsequenzen auf, die Einsätze privater Sicherheitsfirmen in der internationalen Politik nach sich ziehen. Es geht primär nicht um eine Skandalisierung und Problemdiagnose, sondern um das Benennen von Einsatzgebieten, Regulierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen.

Der Markt für private Sicherheitsdienstleistungen boomt seit mehreren Jahren. Nicht zuletzt der Zerfall staatlicher Autorität in „schwachen Staaten“ führt zu einer großen Nachfrage in diesen Regionen.

Die Autoren greifen bekannte wie weniger bekannte Kritik am Einsatz privater Sicherheitsfirmen auf. Nachdem diese durch die Vorfälle von Abu Ghraib und den Blackwater-Skandal zunehmend unter Druck gerieten, wurden die Regulierungsanstrengungen auf internationaler Ebene intensiviert. Noch mangelt es aber an durchgreifenden Normen. So wurde beim EUFOR-Einsatz der Bundeswehr im Kongo 2006 die Grundversorgung an eine private Sicherheitsfirma aus Spanien delegiert. Diese verkalkulierte sich aufgrund des begrenzten Mandats beim Zeitrahmen und konnte Unterkünfte nicht rechtzeitig bereitstellen. Für die Soldaten bedeutete dies die Inkaufnahme zusätzlicher Gefahren und bescherte der Bundeswehr obendrein neue Kosten, so dass sich das Outsourcing als kontraproduktiv erwies. Im Zuge der Anmietung von Lufttransportkapazitäten bei einer russischen Firma zeigte sich wiederum, dass die Piloten nicht bereit waren, in sicherheitskritische Zonen in Afghanistan zu fliegen.

Der gut strukturierte Band zeigt, dass die Abschaffung privater Sicherheitsfirmen keine realistische Option in einem globalen Marktumfeld ist, welches Sicherheit zu einem stark nachgefragten Gut werden ließ. Umso wichtiger ist es, rechtliche Voraussetzungen für einen humanen Einsatz der Firmen zu schaffen.

Christoph Rohde, Universität München